

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

Am 17. Februar 2008 erklärte das Parlament in Pristina die Unabhängigkeit des Kosovo. Obwohl die Kosovaren die Wahl dieses Datums mit führenden westlichen Staaten koordiniert hatten, konnte sich der EU-Ministerrat in seiner Brüsseler Sitzung am 18. Februar trotz intensiver Bemühungen der Befürworter auf keine gemeinsame Anerkennungslinie der EU einigen. Entsprechend vage und unverbindlich blieb die gemeinsame Erklärung zu diesem historischen Ereignis. Immerhin konnte bereits zwei Tage zuvor „EULEX Kosovo“, die wichtigste Säule des umfassenden künftigen EU-Engagements in der Region, auf den Weg gebracht werden. Die EU wird sich an der Stabilisierung und am Aufbau des Kosovo in einem bislang beispiellosen Umfang engagieren. Über die Ziele und einzelnen Elemente dieses Einsatzes informiert unsere Rubrik „Dokumentation“.

Die Skeptiker unter den EU-Staaten gegen eine Unabhängigkeit des Kosovo führen vor allem völkerrechtliche Bedenken ins Feld. Dabei fürchten sie insbesondere die Präzedenz-Wirkung einer Anerkennung – meist mit Blick auf die potenziellen Ansprüche von Minderheiten im eigenen Land. „Speerspitze“ der Ablehnungsfront gegenüber der Sezession der Kosovaren ist Russland. Ein wesentlicher Beweggrund Moskaus, so die Analyse des früheren Hohen Repräsentanten in Bosnien und Herzegowina, Wolfgang Petritsch, ist eine neue, zielstrebige und selbstbewusste Verfolgung politischer, wirtschaftlicher und strategischer Interessen Russlands auf dem Balkan. Der Schulterchluss Moskaus in der Kosovo-Frage mit den Konservativen und Nationalisten in Belgrad ebnet den Russen nicht zuletzt den Weg für strategische Investitionen in den serbischen Energiesektor. Sie sind, so der Autor, Teil eines neuen *American Way* bei der Wahrnehmung von Geschäftsinteressen, den jüngst Russland auch beim Abschluss von Kontrakten zu Gas-Pipeline-Projekten in anderen südosteuropäischen Staaten verfolgt.

Die internationale Gemeinschaft sieht sich im Kosovo mit vielen Aspekten eines „schwachen Staates“ konfrontiert. Ein wichtiger Aspekt ist hierbei der hohe Stellenwert der Organisierten Kriminalität (OK), der – so der Autor Rastislav Báčora – auch eine direkte Bedrohung für die politische Sicherheit der EU insgesamt darstellt. Der Politikwissenschaftler beleuchtet anhand vielfältiger Quellen die Entstehung und den Stellenwert der OK auf dem Balkan und ihre spezifisch kosovarische Ausprägung. Die beste Methode zur Bekämpfung der OK im Kosovo sei eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der breiten Masse, so der Lichtblick am Ende einer insgesamt eher bedrückenden Analyse.

Wir wünschen Ihnen eine anregende und aufschlussreiche Lektüre – natürlich auch bei den weiteren interessanten Beiträgen außerhalb unseres Kosovo-Schwerpunkts.

Ihre Redaktion

Hansjörg Brey

Claudia Hopf